

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenbornwald, Brederfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 264

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 31 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Druckergebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Montag, den 10. November

Erscheint: wöchentlich 8 mal
Gratis beilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* In Genf wurde der deutsche Antrag, der eine Beschränkung der Dienstzeit der Rekruten und Reserven beabsichtigt, von der Mehrheit der Vorbereitenden Abrüstungskommission abgelehnt.

* Die „Hochschule für Politik“ feierte im Reichstagsgebäude in Berlin ihr zehnjähriges Bestehen unter Teilnahme von Reichs- und Staatsvertretern sowie Angehörigen zahlreicher wichtiger Korporationen.

* Der Kaufmann Safran aus Rastenburg, der vor einigen Wochen einen raffinierten Versicherungsbetrug in Szene setzte, ist auf dem Bahnhof Wittenberge verhaftet worden. Er hatte die Absicht, nach Amerika zu emigrieren.

* In Österreich fanden die Wahlen zum Nationalrat statt.

Stille nach dem Sturm.

Von General a. D. Hans Rndt.

General a. D. Hans Rndt, der Verfasser der nachfolgenden Ausführungen über die Hintergründe der letzten südamerikanischen Revolutionen, war schon vor dem Kriege deutscher Inspektionsoffizier in Bolivien. Während des Weltkrieges war der damalige Oberstleutnant in höheren Generalstabsstellen tätig und wurde schließlich als Oberst der letzte Kommandeur des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1. Nach auch persönlich hervorragender Teilnahme an der Niederwerfung der Münchener Räterepublik wurde er nach Bolivien von neuem hinübergerufen und organisierte als Chef des Generalstabes das dortige Heer ganz nach preussischem Muster. Der 1925 wieder nach Deutschland Zurückgekehrte folgte 1928 einem zweiten Rufe Bolivien bei dem Konflikt mit Peru, bis ihn bekanntlich vor kurzem die Revolution zum Verlassen des Landes zwang. General Rndt darf wegen dieser seiner Tätigkeit und seiner Amtstellung in Bolivien als einer der besten Kenner der politischen Verhältnisse in Südamerika betrachtet werden.

Die südamerikanische Revolutionswelle ist abgeebbt. Es herrscht wieder Ruhe und Ordnung im Kontinent, der so viel leichte Erregbarkeit, so viel heißes Blut und Temperament birgt.

Südamerikanische Revolutionen sind verschieden von den europäischen. Für uns schließt die Vorstellung einer solchen zwangsläufig den Begriff eines Umsturzes der bestehenden Staatsform ein. Darum handelt es sich drüben nicht, die Republik als solche ist selten in Gefahr.

Revolutionen scheitern in ungeschriebenes Grundrecht Lateinamerikas zu sein. Und nicht nur ein ungeschriebenes, es gibt sogar Staatsverträge über die Einzelheiten von Revolutionen. In dem Vertrag von Montevideo, unterschrieben 1928 von fast allen lateinamerikanischen Staaten, ist für den Fall innerer Unruhen alles aufs beste geregelt: Die Exterritorialität der fremden Gesandtschaften wird anerkannt, ebenso ihr Asylrecht; desgleichen die Verpflichtung, den Schützlingen der Gesandtschaften freies und sicheres Geleit von der Gesandtschaft bis über die Grenze zu gewähren; politische Flüchtlinge dürfen nicht ausgeliefert werden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als hätte bei Abschluß dieser Verträge der Gedanke vorgeherrsch: „Seute dir, morgen mir! Das Rad kann sich sehr schnell wieder drehen und wir wollen uns gegenseitig nicht sehr wehe tun!“

Viel ist über die Gründe der Revolutionen geschrieben und viel in diese hineingeheimnist. Sie liegen ziemlich klar zutage.

Bolivien stieß, wie man drüben so schön sagt, als erste der „Schrei der Freiheit“ aus. Veranlassung war eine rein innenpolitische Frage, die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten. Sie ist an sich sachlich durchaus berechtigt. In dem durch die ungeheueren Entfernungen und den Mangel an Verkehrswegen so schwierig zu verwaltenden Lande sind alle Probleme auf lange Sicht gestellt. In den vier Jahren der jetzigen Amtszeit des Präsidenten kann nicht viel erspriechliche Arbeit zum Wohl des Landes geleistet werden. Aber Hernando Siles, 1926 begeistert vom Volke als Befreier begrüßt, hat sich nicht als der geeignete Mann gezeigt, diese Verlängerung durchzuführen. Sie bedeutete eine Verfassungsänderung und bedingte vorherigen Rücktritt des Präsidenten und eine, gerade gesagt, politische Schiebung. Außerdem wurde noch der Gedanke der unmittelbaren Wiederwählbarkeit hineingeschmuggelt. Nun rechnete die Opposition dem Volke vor: Siles ist schon seit 1926 Präsident, jetzt verlängert man ihn vielleicht auf sieben Jahre bis 1933, dann wird er wiedergewählt bis 1940, das bedeutet Diktatur, beinahe Monarchie. Schlechte Verwaltung kam dazu. Tragisch ist es, daß ein Teil des Heeres denjenigen Präsidenten stürzen mußte, der für seine moderne Bewaffnung und Ausrüstung mehr Geld ausgegeben hat, als alle bisherigen Präsidenten Bolivians zusammen genommen.

Peru wurde unmittelbar von Bolivien beeinflusst. Die Studentenschaft in La Paz fandte ein offenes Manifest an ihre Kommilitonen in Lima, in dem sie diese aufforderte, ihrem heroischen Beispiel zu folgen und den Tyrann Leguia zu stürzen. Dieser hatte es tatsächlich verstanden, sich elf Jahre lang am Ruder zu halten. Seine Herrschaft schien gesichert zu sein. Aber die Miswirtschaft in der Verwaltung und die wirtschaftliche Krise haben ihn trotz der ausgezeichneten Polizei, über die die Regierung verfügte, zu Fall gebracht. Vielleicht hat er auch nicht mehr seine frühere Energie beibehalten. Am 14. Juli hatte er sich, den französischen Gesandten an seiner Seite, im größten Lichtspieltheater Limas gezeigt und war vom Volke niedergeschrien worden. Als diese Kundgebung ohne Folgen geblieben war — sonst hätte sie sicher Hunderte von Ver-

Deutscher Antrag niedergestimmt

Die Rüstungsfreunde siegen in Genf.

Graf Bernstorffs Protest.

In Genf behandelte die Vorbereitende Abrüstungskommission die Bestimmung über Beschränkung der Gesamtdienstzeit der Truppen auf eine festzusetzende Höchstzeit. Hierzu hatte der deutsche Vertreter Graf Bernstorff den Antrag eingebracht, wonach die Heeresangehörigen und die Dienstzeit eine bestimmte Höhe nicht überschreiten sollten. Diese Bestimmung sollte zu einer Beschränkung der ausgebildeten Reserven führen. Nach längerer bewegter Aussprache wurde der deutsche Antrag auf Herabsetzung der ausgebildeten Reserven durch Erfassung der jährlichen Rekrutenzahl und Herabsetzung der aktiven und Reservendienstzeit vom Ausschuss mit zwölf gegen sechs Stimmen bei vierzehn Stimmenthaltungen abgelehnt. Für den deutschen Antrag stimmten: Holland, Schweden, Norwegen, China, Sowjetrußland, Deutschland, gegen den deutschen Antrag stimmten u. a. die Türkei, Frankreich, Polen, Rumänien, Südslawien, die Tschechoslowakei, Italien, Belgien und Japan. Der englische, der kanadische und der amerikanische Vertreter enthielten sich der Stimme. Die von der deutschen Regierung auf der Tagung des Abrüstungsausschusses verfolgte Feststellungspolitik zur Klärung der künftigen Schuld für Kriege ist damit verworfen.

bannungen im Gefolge gehabt —, sprach man in ganz Peru ganz offen von der bevorstehenden Revolution.

40 Jahre lang hat Argentinien keine Revolution mehr erlebt. Mit Stolz erklärte der Argentinier, sein Volk mache seine Revolutionen mit dem Stimmzettel an der Wahlurne. Trotzdem gab es eine richtiggehende Revolution mit Tanks und Maschinengewehren gegen den vor kurzem erst mit überwältigender Mehrheit gewählten Frigobon, den Liebling des Volks. Er wurde gestürzt, weil die Staatsmaschine vollständig stillstand. Er wollte alles selbst erledigen, Minister und Parlament wurden ausgeschaltet. Auch hier hat man wohl die Gefahr einer Diktatur befürchtet.

Bei Beurteilung der Verhältnisse Brasiliens wird übersehen, daß dieses ungeheure Land ein, und noch dazu recht locker gefügter, Staatenbund ist. Wenn der Rndt von der „Südamerikanischen Republik Brasiliens“ spricht, erweckt er ganz falsche Vorstellungen. Hier kann die Revolution auf Selbständigkeitsgelüste der einzelnen Bundesstaaten zurückzuführen sein. Jedenfalls ist es das Land, in dem man über die wahren Beweggründe zurzeit am wenigsten klar sieht.

Ein gemeinsamer Grund für alle ist die wirtschaftliche Krise: in Bolivien das Zinn und das Kupfer, in Peru der Zuder und die Baumwolle, in Argentinien das Fleisch und der Weizen und in Brasilien der Kaffee; Überproduktion und Preissturz aller dieser Rohstoffe haben die Regierungseinkünfte sowohl wie die privaten Vermögen in katastrophaler Form verringert. Das Volk macht die Regierung für die Krise verantwortlich. Sie hat natürlich in besseren Zeiten niemals daran gedacht, Reserven zu bilden, das liegt dem Südamerikaner nicht. Die ungeheure Verschuldung an das Ausland kommt dazu. Der Zinsendienst der ausländischen Anleihen verschlingt den größten Teil der Staatseinkünfte. Auch in Chile hat es schon gekriselt. „Chiles Ruin wird in kurzer Zeit die Leichtigkeit sein, mit der wir amerikanischen Geld erhielten und erhalten“, sagte mir noch vor kurzem ein sehr kluger ehemaliger Finanzminister dieses Landes.

Viel hat man von nordamerikanischem Einfluß gesprochen. Er ist sehr schwer nachzuweisen und innerlich nicht wahrscheinlich. Was die Yantees an Konzeptionen in Südamerika brauchen, haben sie schon in Händen. Kurz nach dem Kriege sagte mir der amerikanische Gesandte in La Paz, als es sich um den Widerspruch Frankreichs gegen meine Wiederanstellung handelte: „Selbstverständlich unterstütze ich Ihre Sache. Ich vertrete hier die Rechte und das Vermögen von etwa 20 000 amerikanischen Staatsbürgern, die Besitzer bolivianischer Staatsanleihen sind. Ihre Person ist die beste Garantie für Ruhe und Ordnung im Lande und das ist das, was wir Nordamerikaner brauchen, denn sonst bekommen wir unsere Zinsen nicht.“ Dieser klare und durchsichtige Standpunkt dürfte auch heute noch Geltung haben.

Nun herrscht überall Ruhe. Die Gefahren der Diktatur sind abgewendet, aber die wirtschaftliche Notlage bleibt. Revolutionen sind immer teuer. Die neuen Regierungen müssen sparen, Gehälter werden abgebaut, überflüssige Stellen im Staatshaushalt gestrichen. Das schafft aber neue Unzufriedenheit. Zum Sturz der Regierung haben sich politische Einheitsfronten von Parteien und Männern gebildet, die sich früher aufs grimmigste befehdeten. Wird es gelingen, diese Gegensätze dauernd zu überbrücken? Von einer Politik der Rondonier kann man nicht sprechen. Die Militärs, welche die Revolution machen, sind Werkzeuge der politischen Parteien, teils aus Idealismus, teils gegen Entgelt. Sie können im Bedarfsfalle auch anders! So ist eine unbedingte Gewähr für Stabilisierung der neuen Regierungen leider noch nicht gegeben, und Ruhe und Ordnung bleiben gesichert — bis zum nächsten Mal.

Der Vertreter der deutschen Regierung, Graf Bernstorff, gab nach Bekanntgabe des ablehnenden Abstimmungsergebnisses über den deutschen Antrag eine kurze Erklärung ab, nach der er an der weiteren Abstimmung über die vorliegenden Anträge keinerlei Interesse mehr habe, da das Kernstück des deutschen Antrages über die Herabsetzung der ausgebildeten Reserven gefallen sei.

Die Einwendungen.

Gegen den deutschen Antrag sprachen insbesondere die Vertreter Japans, Frankreichs, Italiens und Belgiens. Der französische Vertreter erklärte, die Absicht des deutschen Antrages sei offensichtlich die, die Frage der ausgebildeten Reserven noch einmal aufzuwerfen, eine Frage, die bereits entschieden und die demgemäß für die jetzigen Beratungen ausgeschaltet sei. Der Engländer Lord Cecil gab eine gewundene Erklärung ab, in der er nicht gegen, aber auch nicht für den deutschen Antrag sprach. Der deutsche Antrag wurde in der Diskussion positiv nur von dem Russen Litwinow unterstützt. Am Schluß der Debatte, aus der sich ergab, daß die bisherige Einstellung der Mehrheit des Ausschusses zu den wesentlichen Punkten der Abrüstung sich nicht geändert hat, gab Graf Bernstorff eine kurze, aber sehr scharfe Erklärung ab, in der er u. a. folgendes sagte: Wenn eine Abrüstungskonvention die ausgebildeten Reserven ansläßt angesichts der Tatsache, daß heute in einer Reihe europäischer Staaten der Mensch von der Wiege bis zum Grabe so behandelt wird, daß er nur noch Soldat ist, dann ist eine solche Abmachung nicht die Tinte wert, die für ihre Unterschrift verwendet wird.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Deutsche Volkspartei für Regierung Brüning.

Die volksparteiliche Reichstagsfraktion trat im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, in der die Abgeordneten Dauch und Tengel über ihre Verhandlungen mit dem Reichstanzler Dr. Brüning berichteten. Es zeigte sich im Verlauf der Beratungen, daß die Stimmung innerhalb der Fraktion sich stark zugunsten der weiteren Unterstützung und Mitarbeit am Kabinett Brüning gewandelt hat, zumal von den verschiedensten Seiten dem Reichstanzler persönlich ein starkes Vertrauen ausgesprochen wurde. Sehr scharf wurde eine stellenweise im Lande verbreitete Mitteilung zurückgewiesen, wonach die Fraktion sich angeblich für Einführung der Arbeitszeitverkürzung entschieden haben sollte.

Die innenpolitische Entwicklung in Sachsen.

Die Wirtschaftspartei Sachsens hat in einer Fraktionsitzung beschlossen, den Nationalsozialisten als der stärksten nichtmarxistischen Partei das Landtagspräsidium, das bisher der Sozialdemokrat Wedel innehatte, anzubieten. Es sind Bestrebungen im Gange, einen Bürgerblock zu schaffen, der auf 46 Stimmen der Rechten rechnen könnte. Es ist aber zweifelhaft, ob sich die gesamten bürgerlichen Parteien auf einen Nationalsozialisten einigen können.

Großbritannien.

Das neue britische Schulgesetz.

Dem Unterhause legte Unterrichtsminister Trevelyan das neue Schulgesetz vor. Das Kabinett hofft, die Vorlage bis Weihnachten unter Dach und Fach zu bringen. Der Minister sagte, das Gesetz sei eine der größten Reformen in der englischen Geschichte, es soll dem Kinderdrama in der englischen Arbeiterklasse ein Ende bereiten. Das schulpflichtige Alter soll auf 15 Jahre erhöht und die davon betroffenen Eltern sollen mit durchschnittlich fünf Schilling pro Woche für jedes Kind unterstützt werden.

Frankreich.

Gründung eines internationalen Jagdrats.

In Paris wurde ein internationaler Jagdrat ins Leben gerufen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Ermittlungen über die verschiedenen Jagdregelungen zu zentralisieren, Statistiken zwischen den einzelnen Ländern auszutauschen, den Transitverkehr von Waffen zu erleichtern und schließlich eine internationale Verständigung zu schaffen, um die nützlichen Tiere zu schützen und die Wilderei an den Grenzen zu bekämpfen. Die Eröffnungssitzung, die unter dem Vorsitz des französischen Landwirtschaftsministers David stattfand, war von Vertretern von 17 verschiedenen Staaten besucht, wobei Deutschland durch den Herzog von Ratibor vertreten war. Nach Schluß der Sitzung wurden die Mitglieder der Vereinigung vom Staatspräsidenten empfangen.

Polen.

Anleihe auf Grund des Zündholzmonopols.

Da alle Bemühungen um eine polnische Auslandsanleihe fehlgeschlagen sind, hat die Regierung Verhandlungen mit dem schwedischen Zündholzruß über eine Verlängerung seines polnischen Monopols gegen eine sofortige Anleihe eingeleitet. Obwohl Kreuger schwere Bedingungen stellt, dürften die Verhandlungen bereits in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen. Kreuger verlangt eine Verlängerung des bisherigen Monopolvertrages auf weitere 25 Jahre und eine erhebliche Erhöhung der Zündholzpreise. Dafür will er Polen eine Anleihe von 30 Millionen Dollar zu 7 Prozent gewähren.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski, hat die kommunistische rote Fahne für die Dauer von acht Tagen verboten, weil das Blatt den Überfall auf den ehemaligen Polizeipräsidenten Jörgel in Moabit mit Jubel begrüßt hat.

Berlin. Die Meldung der Nationalsozialistischen Korrespondenz, daß ein Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei unmittelbar bevorstehe, wird sowohl von preussischer als auch von Reichsseite nachdrücklich dementiert.

Berlin. Zum Gedächtnis der im Weltkrieg gefallenen Marineangehörigen hat der Chef der Marineleitung angeordnet, daß die Schiffe und Fahrzeuge der Reichsmarine beim Passieren des Marineehrenmals in der Kieler Förde eine Ehrenbezeugung durch einmaliges Dippen der Flagge erweisen.

Berlin. Der Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, Professor Luidde, ist aus der Deutschen Friedensgesellschaft ausgetreten. Der Austritt hängt mit Streitigkeiten mit dem Geschäftsführer Küster zusammen. Luidde war Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft.

London. Eine Nachwahl in der Grafschaft Dorsetshire hatte das Ergebnis, daß die Konservativen das Mandat der Labour-Partei abgewinnen konnten.

Moskau. Wie mitgeteilt wird, ist Schragow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der russischen Sowjetrepublik und Vizevorsitzender der Regierung, soeben in Moskau verhaftet worden.

Sofia. Der deutsche Gesandte Rümelin wurde vom bulgarischen König in Audienz empfangen und überreichte diesem das Hochzeitsgeschenk von Hindenburg, eine Blumenvase und zwei Leuchter von der Meißener Porzellanmanufaktur.

Newyork. Die deutsche Botschaft in Washington hat dem amerikanischen Schatzamt Reichsschuldscheine in der Höhe von 3 169 700 000 Mark ausgestellt. Davon entfallen 2 121 600 000 Mark auf verschiedene amerikanische Forderungen auf Grund von Schiedssprüchen und der Rest auf Besatzungskosten.

Newyork. An der Börse erreichten die Aktienpreise bei einer starken Verkaufswelle einen Tiefstand, wie er seit drei Jahren nicht zu verzeichnen war. Die führenden Aktien kletterten durchschnittlich fünf bis sieben Punkte ein. Die gegenwärtigen Kurse liegen weit unter dem Niveau der schwarzen Börse des Vorjahres.

Das Volksbegehren gegen Preußen.

Vom Stahlhelm im stillen vorbereitet.

Anlässlich des Stahlhelmtages hielt in Bremerbörde der erste Bundesführer Franz Seldte eine Ansprache. Er ging auf das vom Stahlhelm in stiller Arbeit vorbereitete Volksbegehren ein und betonte, daß es vor allem darauf ankomme, die Macht des Reichspräsidenten zu stärken. Das Volksbegehren wende sich gegen die Mißwirtschaft in Preußen. Preußen ginge es an die Gurgel. Zu diesem Zweck würde man sich im ganzen Reich zusammen mit Hitler, mit Hugenberg und möglicherweise mit den Kreisen bis zur Wirtschaftspartei. Das ganze Volksbegehren sei einfach auf die Formel zu bringen: „Der Preussische Landtag ist aufzulösen.“

Neuer Zustrom von Erwerbslosen.

3 253 000 suchen Arbeit.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober 1930 hat die zweite Hälfte des Monats Oktober, in annähernd ähnlichem Ausmaße wie im Vorjahre, die Arbeitslosenversicherung mit einem Zustrom neuer Hauptunterstützungsempfänger belastet. Der Zugang um rund 70 000 (im Vorjahre 106 000), zu dem noch ein Mehr von rund 22 000 (Vorjahr 7000) Krisenunterstützten hinzukommt, brachte die Gesamtzahl der Unterstützten in beiden Einrichtungen auf zusammen rund 2 072 000, wovon rund 1 561 000 auf die Arbeitslosenversicherung, 511 000 auf die Krisenunterstützung entfallen.

Die Meldungen von Arbeitslosen belaufen sich am 31. Oktober auf etwa 3 253 000 oder rund 136 000 mehr als am vorigen Stichtage, die als arbeitslos angesehen werden müssen.

Die kostenpflichtigen Krankenscheine.

Mitteilung des Deutschen Apothekervereins.

Von den in Deutschland bestehenden 6700 Apotheken arbeitet etwa ein Drittel, also 2200, ohne pharmazeutisches Personal, d. h. die Besitzer dieser Apotheken müssen Tag für Tag, Nacht für Nacht, jahraus, jahrein, ohne Unterbrechung dienstbereit sein. Zählte man bisher etwa 600 notleidende, ihren Besitzern nicht das Existenzminimum abwerfende Apothekenbetriebe, so hat sich diese Zahl durch die Auswirkungen der Krankenscheineinführung und der Heilmittelkostenbeteiligung an dem Krankentassenumfasse der Apotheken um ein beträchtliches erhöht. Hunderte dieser Apotheken erzielen nur ein so geringes Einkommen, daß sie teilweise vom Staate, von der Berufsorganisation und auch von den Gemeinden unterstützt werden, damit diese für die Arzneiverforgung der Bevölkerung notwendigen Betriebe nicht geschlossen werden müssen. Auch in den größeren Städten sind zahlreiche Apotheken in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Der etwa 40 Prozent betragende Rückgang des Krankentassenumfasses der Apotheken als Folge der Heilmittelkostenbeteiligung zwingt größere Betriebe zu Betriebsbeschränkungen, so daß auch zahlreiche Personal entlassen werden muß und stellenlos wird.

Zehn Jahre Hochschule für Politik.

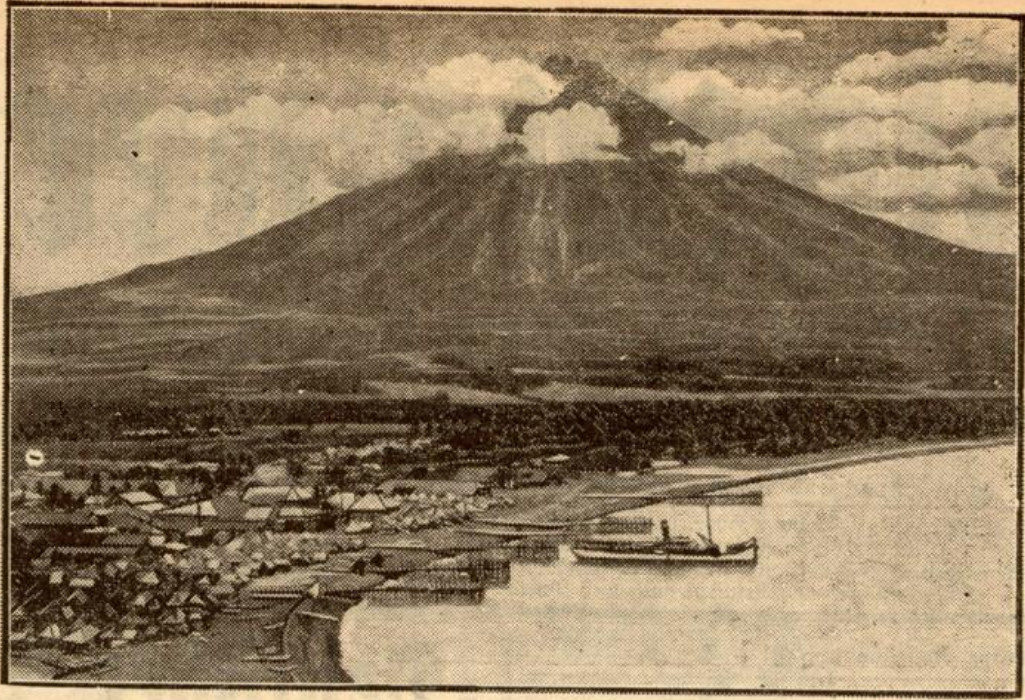
Die Feier im Reichstag.

Im Reichstage fand die Feier des zehnjährigen Bestehens der „Deutschen Hochschule für Politik“ statt. Unter den Gästen befanden sich Vertreter der Reichsregierung und der preussischen Regierung, Angehörige der ausländischen diplomatischen Vertretungen, Mitglieder der Lehrkörper der Berliner Hochschulen, Wissenschaftler, Parlamentarier und Politiker. In seiner Begrüßungsrede betonte der Präsident der Hochschule, Prof. Dr. Jäch, daß die Arbeit des Instituts im Dienste der Volksgemeinschaft stehe. Glückwünsche übermittelten: für die Reichsregierung Staatssekretär Dr. Zweigert; für das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Prof. Dr. Peters; für die Berliner Hochschulen der Rektor der Berliner Universität; für die vierzehn ausländischen Institute für das wissenschaftliche Studium internationaler Beziehungen Prof. Dr. Nappard aus Genf; für die Haager Akademie für internationales Recht Prof. Dr. W. Schilling. Die Festrede hielt Geheimrat Dr. Richard Schmidt, Professor an der Universität Leipzig. Er sprach über „Das Führerproblem in der modernen Demokratie“.

Letzter Parteitag der D. D. P.

Übergang in die Staatspartei beschlossen.

„Die Demokratische Partei hielt in Hannover ihren letzten Parteitag ab. Der Antrag des Parteivorstandes auf Auflösung der Demokratischen Partei und Überführung der Partei-Organisation in die Deutsche Staatspartei wurde von der etwa 400 Delegierte zählenden Versammlung mit allen gegen 16 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.“



Die Philippinen — die nördlichste Inselgruppe des Malaiischen Archipels — wurden von einem Taifun heimgesucht, der zahlreiche Todesopfer gefordert hat. Besonders

große Verwüstungen wurden auf der hier gezeigten Insel Camarines angerichtet, deren Wahrzeichen der 2600 Meter hohe, zeitweilig noch tätige Vulkan Mayon ist.

Der Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei.

Nachdem die Deutsche Demokratische Partei ihre Auflösung beschlossen hat, fand in Hannover unter dem Vorsitz des Finanzministers Dr. Höpfer-Mschoff der Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei statt. Nach Entsendung eines Begrüßungstelegramms des Parteitagss an Reichspräsident von Hindenburg erläuterte Reichsfinanzminister Dr. Dietrich die Aufgaben der Deutschen Staatspartei.

Die Werbetätigkeit des V. D. A. in der Schule.

Aussprache des Hauptausschusses des V. D. A. Das preussische Unterrichtsministerium hatte Ende August einen Erlass über die Schulgruppentätigkeit des V. D. A. herausgegeben, der die Sammel- und Werbetätigkeit der reichsdeutschen Schulkinder für die in Not befindliche ausländische deutsche Schule erheblich einschränkte. Die praktischen Auswirkungen dieses Erlasses haben den Hauptausschuß des V. D. A. auf seiner Tagung in Frankfurt a. M. beschäftigt.

Eine dem preussischen Kultusminister eingereichte Denkschrift erkennt die in dem Erlass geforderten Grundsätze der Überparteilichkeit bei der Arbeit, der Vermeidung jeden Druckes auf Eltern und Schüler, der Beachtung der allgemeinen Vorschriften für das Schulleben als Selbstverständlichkeiten an. Die Denkschrift wendet sich jedoch gegen die Auffassung, daß die kulturelle Fürsorge für das Auslandsdeutschtum innerhalb der Schule von nun an reine Privatsache sei und daß eine irgendwie geartete Mitwirkung oder Verantwortung der Schule nicht in Frage kommen könne.

Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei.

Reichsfinanzminister Dietrich 1. Vorsitzender.

In der Schlußsitzung des Gründungsparteitages der Deutschen Staatspartei in Hannover wurde zur Beschlußfassung über die Satzungen geschritten und dem vorliegenden Entwurf zugestimmt, nachdem als Name der Partei die Bezeichnung „Deutsche Staatspartei“ nahezu einstimmig angenommen worden war. Den Satzungen zufolge faßt die Deutsche Staatspartei die auf dem Boden ihres Programms stehenden deutschen Männer und Frauen zusammen. Der Sitz der Partei ist Berlin. Die Statuten haben als vorläufige Statuten zu gelten. Bei der Wahl des geschäftsführenden Vorstandes des V. D. A. wurde zum Ersten Vorsitzenden mit allen gegen 22 Stimmen und unter lebhaftem Beifall Reichsfinanzminister Hermann Dietrich gewählt, während dem übrigen Vorstand angehören: Dr. Gertrud Bäumer-Berlin, Oberschulrat Emmy Beckmann-Hamburg, Dr. Hermann Fischer-Berlin, Professor Giese-Frankfurt a. M., Dr. Theodor Heuß-Berlin, preussischer Finanzminister Dr. Höpfer-Mschoff, Dr. Hellmuth Jäger-Berlin, Dr. Marie Elisabeth Lüders-Berlin, Dr. Hermann Schäfer-Köln, Gustav Schneider-Berlin, Vorsitzender des G. V., Dr. Winkuh-Berlin, der Reichstagsfraktionsvorsitzende Dr. Weber und der Landtagsfraktionsvorsitzende Dr. Falk der bisherigen Demokratischen Partei.

Dem geschäftsführenden Vorstand wurde die Aufgabe zugewiesen, auf der Grundlage des Aufrufs und der bisherigen Manifeste der Partei ein endgültiges Programm auszuarbeiten und es dem Parteitag 1931 vorzulegen, der auch den Hauptvorstand zu wählen haben wird.

Der Einzelhandel verspricht Preissenkung

Die Preisbildung im Lebensmittelhandel.

Im Anschluß an die Verhandlungen mit dem Bäcker- und Fleischergewerbe und dem Milchhandel fanden im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Besprechungen mit der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels statt.

Die erschienenen Vertreter des Lebensmittelhandels legten dar, welche Preissenkungen auf verschiedenen Gebieten im Laufe der letzten Monate bereits eingetreten seien. Sie betonten den ernstlichen Willen, den Wünschen der Reichsregierung auf eine allgemeine Preissenkung auch ihrerseits im Rahmen des möglichen Rechnung zu tragen. Sie werden dem Ministerium in den nächsten Tagen konkretes Material über die Preisbildung und die Höhe der Handelsspanne unterbreiten. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Steigerung der Großhandelspreise.

Die auf den Stichtag des 5. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts hat sich mit 120,8 gegenüber der Vorwoche (120,6) um 0,2 Prozent erhöht. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Agrarstoffe um 1,2 Prozent auf 112,3 (111,0) gestiegen. Die Indexziffer für Kolonialwaren lag mit 109,8 um 0,9 Prozent höher als in der Vorwoche. Die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren ist mit 113,6 (114,0) um 0,4 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig hat auch die Indexziffer für industrielle Fertigwaren weiter auf 145,8 (146,3) oder um 0,3 Prozent nachgegeben.

Sind die Preise angemessen?

Der Deutsche Städtetag zum Preisabbau.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich eingehend mit dem Regierungsprogramm beschäftigt. Den dabei zum Ausdruck gekommenen Standpunkt der deutschen Städte legte in einer Besprechung Präsident Mufert eingehend dar. Er betonte dabei u. a., daß eine baldmöglichste Herabminderung auch der Gehälter der öffentlichen Beamten im Wege des Gesetzes unerlässlich sei. Diese Senkung kann aber nur in den allgemeinen Rahmen, insbesondere bei gleichzeitiger durchgreifender Senkung der Preise besonders bei Brot, Kartoffeln, Fleisch und Kohle Sinn haben. Die eigenen eingehenden Untersuchungen des Deutschen Städtetages zeigen eine Verschiedenheit der Spanne zwischen

Gestehungskosten und Kleinverkaufspreisen, die nicht mehr zu verantworten ist. Hier werden sich die Kommunalorgane in örtlichen Verhandlungen nachdrücklich einschalten. Es leuchtet ein, daß Verschiedenheiten in der Bruttoverdienstspanne der Händler, die von Stadt zu Stadt mehr als hundert Prozent betragen, die Angemessenheit der gegenwärtigen Preisstellung

stark in Frage stellen.

Bei einem Rückgang der Großhandelsrichtzahl für landwirtschaftliche Erzeugnisse um 15 Prozent seit Oktober v. J. sind die Kosten für die Nahrungsmittel im Kleinhandel (Nichtzahl für Ernährung) nur um neun Prozent geringer. Die durch ein Gehaltsstärkungsgesetz erzielten Einsparungen müssen in vollem Ausmaß den Gemeinden zugute kommen.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 10. November 1930.

Das Raten um den Winter.

Eigentlich ist ja nun schon ein Drittel des Novembers vorüber, und eigentlich müßte man annehmen, daß es jetzt niemand mehr wundern könnte, wenn ein bißchen Winter hereinbräche. Das ist ja bei uns wirklich nichts Neues, wenn es im November schneit und rauch wird und vielleicht auch schon ein klein wenig friert. Wir sind das von alters her so gewohnt, und es sollte sich niemand darüber wundern dürfen. Eigentlich! In Wirklichkeit scheint man sich aber diesmal gar sehr zu wundern, und selbst in den besten Kreisen ist der Glaube verbreitet, daß wir unbedingt einen schlimmen Winter bekommen müssen, weil sich in der letzten Oktober- und in der ersten Novemberwoche das Wetter verändert, was in diesem Falle „verschlechtert“ heißen soll, zu haben scheint. Die Verschlechterung besteht im wesentlichen darin, daß es jetzt kälter ist als zum Beispiel im Juli, und die berühmten ältesten Leute, die wir immer zur Hand haben, erklären bedeutungslos, daß so etwas seit Menschengedenken noch nicht dagewesen sei, und auch in den alten Schäf- und Bauernregeln scheint das dringzusehen. Noch schlimmer: mitten in dem sogenannten Sommer dieses Jahres haben die Wetterkundigen mit absoluter Sicherheit vorausgesagt, daß wir diesmal einen „ungewöhnlich harten“ Winter bekommen würden, und man hat ihnen das vielfach geglaubt und macht sich nunmehr auf das Schlimmste gefaßt. Nun kann es ja wirklich sein, daß der Winter böß wird, aber ins Bodshorn sollten wir uns darum noch lange nicht jagen lassen; denn die „Wetterkundigen“ können so und können anders, und fest stehen eigentlich nur die Weiss- und Wahrheiten des hundertjährigen Kalenders. Was nämlich die Wetterkundigen betrifft, so haben sie ganz plötzlich wieder umgelernt, indem sie verstanden lassen, daß man erstens natürlich noch nicht wissen könne, wie es mit dem Winter sein werde, daß zweitens aber der in Aussicht stehende Winter ganz bestimmt kein strenger Mann sein werde — dafür lägen bereits allerlei Anzeichen vor, und diese Anzeichen trügen nie. Borauf der Sale aus dem Staunen überhaupt nicht mehr herauskommt, denn er weiß nunmehr wirklich nicht mehr, wie er sich den kommenden Winter vorstellen soll. Sollen wir uns immerhin an die neue, bessere Prophezeiung der Wetterkundigen, denn wir könnten in unserer Notlage einen allzuartigen Winter wirklich nicht gebrauchen. Wenn nur nicht die Wetterkundigen ihre Ansicht über den Winter von morgen auf übermorgen vor neuem ändern! Sie sind weit veränderlicher als das Wetter — aber wir ändern sollten getrost abwarten, was nun wird.

—* **Stadtheater Hagen.** Wochenplan vom 10. bis 16. November. Montag, 10. Nov., 19.30 Uhr, Ende ca. 22.45 Uhr, Reihe B 4, 0,75—5,00, „Viktoria und ihr Husar“. Dienstag, 11. Nov., 20 Uhr, Ende ca. 23 Uhr, Reihe C 8, 0,75—5,00, „Der Bettelstudent“. Mittwoch, 12. Nov., 20 Uhr, Ende 23 Uhr, Reihe C 4, 0,50—4,00, „Egmont“. Donnerstag, 13. Nov., geschlossen. Freitag, 14. Nov., 20 Uhr, Ende ca. 22 Uhr, außer Vorm. 0,50—2,50, „Rasch ein Kind“. Samstag, 15. Nov., 20 Uhr, Ende ca. 22.45 Uhr, außer Vorm., 0,50—4,00, „Das Land des Lächels“. Im früheren Kaiserfaal, Elberfelderstraße: 20 Uhr, Ende ca. 22 Uhr, außer Vorm. 0,50—2,50, „Rasch ein Kind“. Sonntag, 16. Nov., 15 Uhr, Ende ca. 18 Uhr, außer Vorm. 0,50—4,00, „Der Bettelstudent“. 19.30 Uhr, Ende ca. 22.45 Uhr, außer Vorm., 0,75—4,00, „Viktoria und ihr Husar“. Im früheren Kaiserfaal, Elberfelderstraße: 20 Uhr, Ende ca. 22 Uhr, außer Vorm., 0,50—2,50, „Rasch ein Kind“.

Halver

—[Ein Verkehrsunfall, das noch ziemlich glimpflich abgelaufen ist, ereignete sich am Samstagabend bei dem dichten Nebel an der Karlshöhe. Ein Personenauto kam

Die Arbeit der Landesversicherungsanstalt.

Aus dem Tätigkeitsbericht für 1929.

Der Verwaltungsbericht der Landesversicherungsanstalt Hannover für das Jahr 1929, der soeben erschienen ist, gibt in gedrängter Form ein Bild der weiteren Entwicklung und Durchführung der gesetzlichen Aufgaben der Anstalt, sowie des Standes der heilenden und wirtschaftlichen Fürsorge und der Maßnahmen zur Hebung der Volksgesundheit und Hygiene zum Nutzen der versicherten Bevölkerung. Im Laufe des Jahres gingen 844 805 Quittungskarten ein, welche Zahl ungefähr der Anzahl der Versicherten gleichkommt. Das Berichtsjahr hat eine weitere starke Zunahme der Rentenbelastung gebracht, die hauptsächlich auf die Auswirkungen des Gesetzes vom 12. Juli 1929 zurückzuführen ist. Neu bewilligt wurden 18 547 Renten. Am Schlusse des Geschäftsjahres betrug die Anzahl der Renten 13 998. Die Rentenleistungen beliefen sich auf 50 657 546 RM. gegen 45 771 954 im Vorjahre. Die häufigsten

Ursachen der Invalidität

waren bei Männern Krankheiten der Arterien = 14 Proz., Altersschwäche = 10,12 Proz., Tuberkulose der Lungen = 9,93 Proz., Krankheiten des Herzens und der Hauptschlagader = 9,25 Proz., Krankheiten der Lungen (ausschließlich Tuberkulose) = 7,97 Proz., und Gelenkrheumatismus = 6,48 Proz. Ungefähr das gleiche Verhältnis ist bei den Frauen festgestellt. Die Fälle der wegen Lungentuberkulose Invalidisierten sind weiter zurückgegangen, und zwar um 16 = 2,47 Proz. In Invalidenpflege waren 160 Rentenempfänger (1928 = 123) untergebracht. Im Jahre 1929 gelangten 14 885 Heilverfahren mit einem Kostenaufwande von 2 952 133 RM. in 335 879 Pflegetagen zur Durchführung; davon entfallen 7 862 auf Männer und 7 023 auf Frauen. Die wegen der ständig zunehmenden Anzahl der Rheuma- und Gelenkerkrankungen ins Auge gefasste Errichtung einer eigenen Rheumaklinik konnte noch nicht verwirklicht werden. Für die planmäßige Förderung der Gesundheitsfürsorge wurden 746 219 RM. verausgabt.

Gegen die Auflösung des Landkreises Hann.-Münden.**Entscheidung der Wirtschaftsverbände und Parteien.**

In einer auf Veranlassung des Gemeindevorsteherverbandes des Kreises Münden einberufenen Versammlung, an der sich sämtliche Wirtschaftsverbände des Kreises und der Stadt Hann.-Münden sowie alle politischen Parteien beteiligten, wurde einstimmig folgende Entscheidung angenommen:

„Eine etwa geplante Auflösung des Kreises Münden wird von der gesamten Stadt- und Landbevölkerung mit aller Entschiedenheit abgelehnt, weil damit eine Schädigung von nicht dagewesener Schwere für die Bevölkerung des Kreises verbunden sein würde. Der Kreis Münden, unbedingt in jeder Beziehung zur Provinz Hannover gehörig, hat als Grenzkreis Niedersachsens ganz besondere Lebensbedingungen, die durch eine der geplanten großen Reform vorgreifende Teilung nur geschädigt werden können. Das Kreisgebiet ist historisch, geographisch und wirtschaftlich eine seit Jahrhunderten um die Stadt Münden gruppierte Einheit, wobei zu berücksichtigen ist, daß es nur wenige Städte gibt, die von Natur aus so zum Selbstständigen Verwaltung geeignet ist, wie die alte, 13 000 Einwohner starke, am Zusammenfluß dreier Flüsse und Bahnlinien liegende Stadt Münden. Bei einer Zusammenlegung mit irgend einem anderen Kreise würde unserer Heimat diese Lebensgrundlage wesentlich entzogen werden. Das persönliche Verhältnis zwischen Beamtenschaft und Einwohnerschaft wäre dahin, die Konsumentkraft der Bevölkerung würde so stark geschwächt, die Kostenlast so stark gesteigert werden, daß eine weitere Verschärfung der bisherigen Steuern die unvermeidliche Folge sein müßte, ohne daß dadurch nennenswerte Ersparnisse in der Verwaltung erzielt würden. Münden hat als Kreis von 30 000 Einwohnern einen genügenden Erwerb, der sich bei der selbstständigen Existenz dieses Kreises, der bisher einen edelsten Niedersachsens darstellte, ohne fremde Hilfe entwickelt hat. Wenn die Versammelten unter allen Umständen die Erhaltung des Kreises fordern, so geschieht dies aus rein sachlichen Erwägungen. Sämtliche Versammelten haben in der Auflösung des Kreises daher einen nie wieder gutzumachenden Fehler erblickt.“

Ein Schiedsspruch von grundsätzlicher Bedeutung.**Lohnsenkung in Erwartung der Preissenkung.**

Daß zur Beilegung des Konflikts in der Berliner Metallindustrie gebildete Schiedsgericht hat nach mehrtägiger Beratung folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Der zurzeit geltende Lohnsatz bleibt bis zum 16. November 1930 vollständig in Kraft.
2. Die bisherigen Tarifmindestlöhne werden vom 17. November 1930 bis einschließlich 18. Januar 1931 in allen Gruppen um drei Prozent gekürzt. 3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifmindestlöhne um weitere drei Prozent für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und um weitere 5 Prozent für alle übrigen Gruppen.

4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluß der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.

In der Begründung

des Schiedsspruchs wird betont, daß die zur Milderung der Krise unbedingt notwendige Preissenkung ohne Lohnsenkung nicht zu erreichen sei. Der Schiedsgericht, die Lohnsenkung in eine feste Beziehung zur Entwicklung der Lebensmittelpreise zu bringen, lasse sich nicht verwirklichen. Man habe sich zur Lohnsenkung in der sicheren Erwartung entschlossen, daß das Ziel der allgemeinen Herabsetzung der Preise von allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie weiterverfolgt werde. Die Berliner Metallindustrie habe in den Verhandlungen weitere Verbilligung ihrer Produkte angekündigt. Zu dem

Ausmaß der Lohnkürzung

sagt die Begründung: „Die Schlichter haben erwogen, daß die Senkung der Lebensmittelpreise sich erst auszuwirken beginnt und daß der Arbeiterschaft Zeit gelassen werden muß, um sich auf die Lohnkürzung in ihrer vollen Höhe einzustellen. Mit dieser Abweichung haben sich die Schlichter Inbacht und Begründung des ersten Schiedsspruches zu eigen gemacht. Die Schlichter sind sich bewußt, daß ihr Schiedsspruch eine über den vorliegenden Streitfall hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die Einzelheiten dieses Schiedsspruches schematisch auf andere Fälle übertragen werden könnten.“

Die Neuwahlen in Oesterreich

Oesterreichs neues Parlament.

14 Parteien rangen um die Wähler.

Am Sonntag fanden in Oesterreich die Neuwahlen zum Nationalrat statt. Verfassungsgemäß wäre die Gesetzgebungsperiode des im Jahre 1927 gewählten Nationalrates erst im Februar 1931 abgelaufen. Die Nichtnennung Straßella zum Generaldirektor der Bundesbahnen, die mit



Fürst Starhemberg,
Oberbefehlshaber der Heimwehren.



Raugoin,
Führer der Christlich-Sozialen.

dem bekannten Straßella-Prozeß zusammenhängt, hat jedoch dazu geführt, daß die Christlich-Sozialen Dr. Schöber ihr Vertrauen versagten. Es kam zur Gesamtabweisung des Kabinetts: Großdeutsche und Landbund weigerten sich, an einer Regierungsbildung mit den Christlich-Sozialen teilzunehmen. Darauf sah sich der Bundespräsident veranlaßt, auf Vorschlag der von ihm neuernannten Regierung Raugoin durch eine Entschließung vom 1. Oktober auf Grund des Artikels 29 Absatz 1 des Bundesverfassungsgesetzes den Nationalrat aufzulösen. Einige Tage später hat der Ständige Ausschuss des Nationalrates, der dem reichsständigen Ausschuss zur Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages entspricht, den 9. November als Wahltermin festgesetzt. Der Nationalrat besteht im Gegensatz zum Reichstage eine festgesetzte Zahl von Abgeordneten, und zwar 165.

Seit den letzten Wahlen hatte sich im innenpolitisch-parlamentarischen Leben Deutsch-Oesterreichs vieles geändert. Die neue Verfassung, unter der jetzt zum Nationalrat gewählt wurde, hatte z. B. das Wahlalter auf das 21. Lebensjahr erhöht und daher wurden diesmal nur etwa 4,2 Millionen Wähler an die Urne gerufen, war die Steigerung der Zahl beträchtlich geringer als 1927, als zum letzten Male gewählt worden war. Übrigens mag hierbei noch erwähnt werden, daß in Deutsch-Oesterreich die weiblichen Stimmberechtigten erheblich die männlichen an Zahl übertreffen und ferner, daß ein Drittel der Gesamtzahl aller Wähler allein auf die Stadt Wien entfällt.

Vor allem aber war seit 1927 eine sehr starke Verschiebung in den parteipolitischen Verhältnissen eingetreten, — allerdings nur auf der nichtsozialdemokratischen Seite. Zerspaltung hier, Zusammenfassung dort, aber überall „schwimmende“ Grenzen. Von den 14 Wahlvorschlägen, die teilweise nur lokalen Charakters waren, hatte während des Wahlkampfes auf der einen Seite die österreichische Sozialdemokratie und etwa noch die zahlenmäßig unbedeutende kommunistische Partei gestanden. Unter ihren Gegnern, den antisozialdemokratischen Parteien, bildeten die Christlich-Sozialen die stärkste Gruppe; sie hatten aber vor einigen Monaten mit dem früheren Bundeskanzler Dr. Schöber einen ihrer prominentesten Führer verloren, der nun seinerseits wieder den Landbund, die „Großdeutschen“ — also die Reste der früheren Liberalen und rechtsstehenden „Bürgerlichen“ — dazu noch wirtschaftlich interessierte Kreise zu einem „Blod“ zusammengebracht hatte, allerdings nur für die Wahlen selbst.

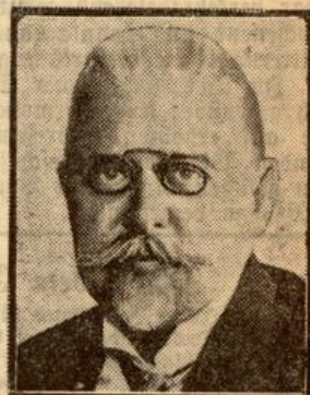
Das große Fragezeichen hinsichtlich des Wahlausganges war mit dem Auftreten der Heimwehr ausgelacht, die sich ja diesmal auch offiziell an der Wahl beteiligte hatte. Teilweise, also in einzelnen Ländern Deutsch-Oesterreichs, ging die Heimwehr listenmäßig mit den Christlich-Sozialen ebenso zusammen wie zur Zeit in der Regierung Raugoin-Starhemberg. Anderswo hatten die Heimwehren aber eigene Listen aufgestellt, vor allem in den Alpenländern, wo es seit langem politisch überhaupt

ziemlich durcheinander ging, es z. B. in Steiermark bei der Heimwehr zu erheblichen Streitigkeiten und Sondergründungen kam. Dr. Schöber dort durch den Landbund stark an Boden gewonnen hatte. Die österreichischen Nationalsozialisten wiederum hatten auch überall eine eigene Liste aufgestellt, wobei wohl die deutschen Wahlergebnisse des 14. Septembers die Veranlassung gewesen waren. Allerdings waren Nationalsozialisten anderer Richtung auch zum Schöber-Blod gestoßen.

Gaben also dem größten Teil des nichtsozialdemokratischen Blods die Heimwehren einen stark bestimmenden „antimarxistischen“ Charakter — auch Dr. Schöber und seine Wahlgemeinschaft gehören, wenn auch gemäßig, zu dieser allgemeinen politischen Richtung —, so verfügt für den Wahlkampf andererseits auch die Sozialdemokratie mit dem Republikanischen Schutzbund über eine sehr aktive Organisation, deren Führer der einstige Kriegsminister Dr. Deutsch ist. Im Gegensatz zu dem ihm sonst befreundeten deutschen „Reichsbanner“ gehören jenen Bund Mitglieder nichtsozialdemokratischer Parteien nicht mehr an, seitdem das frühere parlamentarische Bündnis der österreichischen Sozialdemokratie mit den Christlich-Sozialen



Dr. Deutsch,
Führer des Republikanischen
Schutzbundes.



Schöber,
Führer der bürgerlichen
Mittelparteien.

in bitterste Feindschaft umgeschlagen war. Die Stadt Wien mit ihrer starken sozialdemokratischen Mehrheit war schon lange die eigentliche Basis dieser Partei und des Schutzbundes; daher ist es ja auch zu fortwährenden Streitigkeiten zwischen der Stadtverwaltung und der Bundesregierung gekommen und wenigstens in gewissem Umfang spiegeln sich daher im österreichischen Wahlkampf auch diesmal der Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen dem industriellen Wien und den hauptsächlich agrarischen übrigen Ländern wider. Wie weit sich aber in dem wirtschaftlich so arg bedrängten Oesterreich diese Gegensätze in der bisherigen Zuspitzung werden aufrechterhalten lassen, — diese Frage kann erst nach dem Zusammentritt des neu-gewählten Nationalrates beantwortet werden.

Die Wahlen in Oesterreich.

Geringe Mandatsverschiebung. — Die Nationalsozialisten ohne Mandat.

Nach den am Mittwoch vorliegenden Ergebnissen errechnet man für Groß-Wien folgende Ergebnisse: Sozialdemokraten 30 (bisher 29), Christlich-Soziale 11, Schöber-Blod 4 (Einheitsliste bisher 16) Mandate.

In Borsberg erhielt der Schöber-Blod 16 000 Stimmen und ein Mandat, die Christlich-Sozialen rund 44 000 Stimmen und zwei Mandate bei 13 000 Reststimmen. Bei den letzten Wahlen hatte die Einheitsliste (Christlich-Soziale und Großdeutsche) etwa 55 000 Stimmen und drei Mandate. Die Sozialdemokraten haben hier ein Mandat erhalten und 700 Stimmen verloren.

Von bekannten Persönlichkeiten sind gewählt: Bundeskanzler Raugoin, Außenminister Seipel, Dr. Schöber, der Sozialdemokrat Bauer, der Wiener Bürgermeister Seih.

Die Nationalsozialisten haben bisher trotz teilweise starker Stimmenzahl nicht die Aussicht, ein Mandat zu erlangen, da sie in keinem Wahlkreise die notwendigen Stimmen für ein Grundmandat erlangten.

Laßt Zahlen sprechen!**Lehrreiche Ziffern.**

85 Prozent aller Frauen gelangen heute zur Ehe, 75 Prozent zur Mutterschaft. Trotzdem 15 Prozent der Frauen nicht zur Ehe gelangen, ist dennoch eine Zunahme der Ehen in Deutschland festzustellen. Auf je tausend Einwohner entfielen im Jahre 1913 7,8, im Jahre 1925 7,7, im Jahre 1927 8,5 und im Jahre 1928 9,2 Ehen. Da die Ehezunahme mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in engem Zusammenhange steht, dürfte für das laufende Jahr allerdings wieder mit einer Abnahme der Eheschließungen zu rechnen sein.

Das Einkommen des deutschen Volkes beträgt im Jahre rund 70 Milliarden Mark. Davon werden rund 20 Milliarden Mark in Form von Steuern und Abgaben bzw. als Sparanlage nicht direkt ausgegeben. Von den restlichen 50 Milliarden Mark geht der größte Teil durch die Hände der deutschen Hausfrau. Die Verteilung dieser für menschliche Begriffe nicht fassbaren Summe stellt sich, in großen Umrissen gezeichnet, folgendermaßen dar: 25 Milliarden Mark für Nahrungsmittel, 12,5 Milliarden für Miete, Wohnungen und Wohnungsvorrichtungen, der Rest von 12 Milliarden Mark verteilt sich auf Kleidung und kulturelle Ausgaben, worunter Vergnügungen, Reisen, Kino, Theater, Lektüre usw. zu verstehen sind. 25 Milliarden Mark also werden im Jahre für Lebensmittel ausgegeben.

Im Jahre 1928 waren achtzig von hundert aller verheirateten Berlinerinnen berufstätig. Es ist nicht ohne Interesse, einmal festzustellen, aus welchen Berufen die sich verheirateten Frauen am häufigsten stammen. 23 Prozent dieser Frauen stammten aus dem kaufmännischen Berufe, woraus hervorgeht, daß die Zusammenarbeit von Mann und Frau befördernd wirkt; 14 Prozent aus dem Hausgehilfenstande, 12,5 Prozent aus dem Arbeiterinnenstande und 9,5 Prozent der sich verheirateten Frauen gingen aus dem Handwerkerstande (Schneider, Buchmacher, Wäschhändler) usw. hervor.

Der lebende Leichnam.

Ein ostpreussischer Versicherungsbetrug.

Vor einigen Monaten war in Rastenburg in Ostpreußen der 30 Jahre alte Möbelschneider Fritz Safran unter sehr merkwürdigen Umständen verschwunden. Das Haus des Schwiegervaters des Safran war in der Reichstagswahlnacht abgebrannt, und man hatte später unter den Trümmern eine Leiche gefunden, die nicht identifiziert werden konnte. Da Safran verschwunden war, nahm man an, daß es sich um seine Leiche handelte. Tatsächlich hatte man es aber

mit einem Versicherungsbetrug großen Formats zu tun. Wie sich nämlich später herausstellte, war Safran, nachdem er große Betrügereien verübt hatte, in einem Auto gestürzt und hatte sich für tot ausgeben lassen, um eine große Versicherungssumme einstecken zu können. Der Fall erinnert an den berühmten „Fall Tegner“, jenen verurteilten Versicherungsbetrug des Leipziger Tegner, der sein Auto und einen Wanderburschen, den er unterwegs in den Wagen genommen hatte, verbrannte, um dann ins Ausland zu fliehen, sich von seiner Frau für ums Leben gekommen ausgeben zu lassen und eine hohe Lebensversicherungssumme einzubehalten. Der raffinierte Plan mißlang bekanntlich, und ebenso mißlang der offenbar ähnlich aufgebaute Plan Safrans. Der Versicherungsbetrüger aus Rastenburg ist nämlich jetzt, sozusagen in zwölfter Stunde — er wollte nach Amerika fliehen — in Spandau ermittelt und

auf dem Bahnhof in Wittenberge verhaftet

worden. Er hatte Ausweispapiere auf den Namen eines Zimmermanns Hans Augustin bei sich und außerdem einen Abschiedsbrief an seine Frau, aus dem zu entnehmen war, daß er sich mit Selbstmordgedanken trug. Es fragt sich nur noch, wer die bei dem Rastenburg Brande gefundene Leiche war.

Brüder Bollmeyer